

Karoline

Informationsblatt für Schmöckwitz und Karolinenhof 04/11

<http://www.dielinke-treptow-koepenick.de/karolinenhof>

http://www.dielinke-treptow-koepenick.de/politik/zeitungen/karoline/jahrgang_2011/

Gegründet 1990

Herausgeber: Basisorganisation DIE LINKE

Juni 2011

Wird BBI doch das dritte Luftdrehkreuz in Deutschland?

Das Interview mit dem ehemaligen Brandenburger Landesvater und Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe in der Berliner Zeitung vom 26. Mai hat nicht viel Neues zutage gebracht, wenn auch einiges in seiner Aussage im Kontext mit dem Stand der Dinge von heute gesehen werden sollte. Neben Frankfurt am Main ist der Münchener Flughafen das zweite Luftdrehkreuz in Deutschland. Nach Stolpes Aussage hat sich der Bund damals entschieden, dass der neue Berliner Singleflughafen nicht zum dritten Luftdrehkreuz ausgebaut werden sollte. Mit einem 24-Stunden-Flugbetrieb wäre Sperenberg zumindest für München eine ernste Konkurrenz geworden. Stolpe, damals Brandenburger Ministerpräsident, hat sich stark für den Standort Sperenberg eingesetzt, wo er ein Luftdrehkreuz mit bis zu sechs Flugbahnen bauen lassen wollte. „Das wäre ein Flughafen für die nächsten hundert Jahre geworden“ – so Stolpe.

Wenn wir heute das Projekt des BBI mit dem Münchener Flughafen in Freising vergleichen, fällt sofort auf, dass beide vom Konzept, der Struktur und der Kapazität her ziemlich identisch sind. Geht der Flughafen in Betrieb, so werden ihn die BBI Betreiber auch nutzen wollen und die Kapazität des Flughafens bis zum Maximum auslasten. Sie werden mit Zähnen und Klauen darum kämpfen, auch die Nachtflüge so weit wie möglich auszudehnen und allen Anliegern damit den Schlaf rauben. Die Flughafenbetreiber werden sich sicherlich etwas einfallen lassen, um die Politik nochmals zu erpressen, damit das quasi bereits gebaute Luftdrehkreuz als solches auch intensiv genutzt werden kann. Den Betreiber interessieren die falschen Entscheidungen der Politik von damals und unser Schlaf von heute wenig - sie wollen nur ihre Kasse klingeln lassen. Doch der Flughafen liegt nun mal auf dem falschen Platz. Und genau an dieser Schnittstelle sind alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger als Wähler gefragt. Geben wir nur denen die Stimme, die nicht nur versprechen, sondern auch halten, was wir fordern: **Ein umfassendes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.** Wir lassen uns nicht den Schlaf rauben, dafür werden wir auf die Straßen gehen und unsere Unterschrift für das geplante Volksbegehren geben.

Uferbahn wird weiterfahren

Nach dem Willen vieler – ca. 3000 Menschen fanden sich am 9. April zur Menschenkette ein – soll die Uferbahn weiterfahren. Die Gründe dafür sind uns Anwohnern alle geläufig. Es war eine wahrlich fröhliche Bürgerdemonstration, der sich wohl viele Vertreter der Berliner Parteienlandschaft anschlossen. Wenn es um die Uferbahn geht herrscht allgemeine Übereinstimmung.



Jutta Matuschek, finanz- und verkehrspolitische Sprecherin der Berliner Linken, hat am 07. Juni in der Veranstaltung im Segelklub am Seddinsee hoch und heilig versichert, dass die Finanzierung für die Instandsetzung der 7,5 km langen Strecke entlang des Langen Sees gesichert ist. Dies hat sich als richtig erwiesen. Nun wissen wir mehr: Der Senat ist sogar bereit die gesamten Kosten von ca. 20 Millionen € zu tragen. Die defizitäre BVG freut sich und schickt ihre Zustimmung gratis nach. Wir alle von Grünau bis Schmöckwitz freuen uns darüber, wohl wissend, dass ohne ein bisschen Druck von unten sich oben nie etwas getan hätte.

Die Berliner Wahl steht vor der Tür

Im September dieses Jahres sind wir aufgerufen, unser Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung neu zu wählen. Einige Kernpunkte des Wahlprogramms der Partei Die Linke wollen wir in dieser *Karoline* vorstellen. **Wofür bzw. wogegen steht Die Linke?**

Für eine soziale und ökologische Bürgerkommune, die auf eine gleichberechtigte Mitwirkung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen orientiert ist z.B. durch

- eine transparente Aufarbeitung und Darstellung des bezirklichen Haushalts
- ein effektives Beteiligungsverfahren der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen am Bezirkshaushalt
- Kiezfonds, über welche in Bürgerjürs entschieden wird sowie Bürgerversammlungen und Internetabstimmungen

Für die Bekämpfung von rechtspopulistischen und Neonazi-Parteien

Für die Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes, denn, „das Straßenausbaubeitragsgesetz bringt für das Land Berlin nicht die Einnahmen wie ursprünglich erhofft. Dies trifft auch auf die erhoffte Beteiligung und Mitsprache der beitragspflichtigen Anrainer zu. Oft genug wird im Verfahren auf deren Interessen keine Rücksicht genommen.“

Für sozialen Zusammenhalt u.a. durch

- Kindertagesstätten als frühkindliche Bildungseinrichtungen einschl. der erforderlichen Personal- und Sachausstattung
- weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Kitaplätzen
- einen Öffentlichen Beschäftigungssektor – Er soll zu Tariflohn, mindestens aber zu Mindestlohnbedingungen, freiwillig, langfristig und in gesellschaftlich sinnvollen Einsatzbereichen stattfinden und verstetigt werden
- aktive Unterstützung der neu zu wählenden Seniorenvertretung, um die Belange der fast 70.000 Menschen mit über 60 Jahren im Stadtbezirk in der Politik zu vertreten und zugleich ihre Potenziale, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu nutzen

Gegen soziale Verdrängung aus den Kiezen

Für Ausweitung des Angebotes an preiswerten Wohnungen bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften

Für Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen und der missbräuchlichen Umwidmung in Ferienwohnungen

Für Aus- und Neubau von senioren- und behindertengerechten Wohnungen

Gegen „Gesundheit als Ware“

Für eine zeit- und wohnortnahe Versorgung mit Haus- und Fachärzten in allen Ortsteilen als Mittelpunkt des ambulanten Versorgungsauftrages

Für eine ausreichende personelle Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Besetzung von frei werdenden Arztstellen.

Karolinenhofer Bürger für ihr Engagement geehrt

Der Karolinenhofer Bürger Fritz Peter hat vom Regierenden Bürgermeister Wowereit am 23. Mai den Berliner Freiwilligen - Pass für sein bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement bekommen. Erst vor ca. 2 Jahren erhielt auch Frau Renate Wagner aus Karolinenhof diese Ehrung für ihr langjähriges Wirken als Vorsitzende der Sozialkommission.